



ATTAC Schweiz

Text für Pressekonferenz : Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform II

Am 23. März 2007 wurde die zweite Unternehmenssteuerreform verabschiedet. Heute geben wir dem Parlament feierlich die geschenkten Milliarden wieder zurück und der Schweizer Bevölkerung die Gelegenheit darüber abzustimmen, ob sie die Steuergeschenke an die Reichsten wirklich will. ATTAC Schweiz hat vor einigen Monaten diesem Gesetz, das die grössten Aktionäre steuerlich entlastet und ein weiteres Milliarden grosses Finanzloch in den Bundeskassen hinterlassen wird, den Widerstand erklärt. Bei ATTAC hat es Tradition, dass wir Gesetze bekämpfen, die Einkommen und Reichtümer von der armen Mehrheit zu einer reichen Minderheit umverteilen. Gesetze, die hohe Einkommen und Unternehmen entlasten und über regressiv wirkende Steuern wie die MwSt die sozial benachteiligten Schichten belasten. Wir haben uns immer entschieden gegen das absurde Prinzip des Steuerwettbewerbs gewendet. Dieser stellt langfristig ein ‚race to the bottom‘ dar und wirkt sich bereits jetzt schädlich auf die Bevölkerung der Schweiz und der ganzen Welt aus. ATTAC hat das Referendum nicht zuletzt daher lanciert, um das Schweizer Steuersystem öffentlich wieder einmal grundsätzlich zu analysieren und zu hinterfragen.

Richtigerweise werden regressiv Steuersysteme als verfassungswidrig betrachtet. Es ist die solidarische Pflicht jedes/r BürgerIn seinen/ihren Möglichkeiten nach zum Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Umverteilungsprozessen beizutragen. ATTAC kritisiert daher sowohl die oft von allen Regierungsparteien mitgetragenen Politik, die zur Erhöhung der indirekten Steuern wie die Mehrwertsteuern führt, als auch alle Initiativen, die regressiv Steuern mittragen oder erhöhen. Hier stellt die Krankenkopfsteuer – oft auch Krankenkassenprämien genannt – das trefflichste Beispiel einer solchen Steuer dar, die vor allem die schwächsten Schichten hart trifft und heute ein wichtiger Verarmungsgrund darstellt. Indem sie den grössten Aktionäre der Schweiz – und nur ihnen – grosse Erleichterungen gewährt, reiht sich die UstRII in diese neoliberale Tradition von steuerpolitischen Gegenreformen ein. Argumente wie Standortattraktivität und Doppelbesteuerung werden vorgebracht. Dabei müssen wir uns in Erinnerung rufen, dass Grossverdiener und Kapitalbesitzer schon unglaubliche Vorteile in der Schweiz geniessen (Vermögens-, Erbschafts- und Kapitalgewinnsteuern sind enorm niedrig oder inexistent).

Der Steuerwettbewerb schadet langfristig der ganzen Gesellschaft und bringt nur vereinzelte Gewinner hervor. Immer tiefere Steuersätze zwingen die Staaten und die Kantone mitzuziehen, um nicht im Abseits zu stehen. Dies hat natürlich Mindereinnahmen für die öffentlichen Kassen zur Folge. Dieser Zwang, wettbewerbsfähig bleiben zu müssen und die nachfolgenden leeren Kassen, werden von neoliberalen Kreisen dann wiederum als Vorwand gebraucht, um den Staat zu verteufeln und tiefe Einschnitte in öffentliche Dienste und Sozialversicherungen damit zu rechtfertigen, dass man ja unbedingt sparen muss.

Wenn wir über unsere Alpen hinaus zu blicken wagen, stellen wir fest, dass vor allem die ärmsten Länder der Welt unter dem internationalen Steuer- und Finanzsystem leiden. Die

Schweiz trägt als anerkanntes Steuerparadies viel dazu bei, dass hunderte von Milliarden jährlich illegal aus Entwicklungsländern in die Finanzmetropolen des Nordens abfliessen. Für Reiche, Grossfirmen und ihrem Kapital wird es immer einfacher, sich in der Schweiz nieder zu lassen und hier die Steuern zu hinterziehen, die sie anderswo zahlen müssten. ATTAC kann die Rolle der Schweiz in den internationalen Finanzmärkten so nicht akzeptieren und bekämpft grundsätzlich die Existenz von Steuerparadiesen.

Wir hoffen, dass wir unseren Teil dazu beitragen können, dass die Bevölkerung versteht, was bei der vorliegenden Reform auf dem Spiel steht und werden alles tun, dass dieses Gesetz nächstens für ungültig erklärt werden kann. Wir widersetzen uns jedem Gesetz, dass AktionärInnen auf Kosten von LohnempfängerInnen und KonsumentInnen bevorteilt. Wir fordern daher alle zivilgesellschaftlichen Akteure auf, sich mit uns zusammen zu setzen und den Kampf *gegen* Steuerwettbewerb, Steuerparadiese und *für* ein progressives Steuersystem weiter zu führen.

Kontakt : Olivier Dumont, Ko-Verantwortlicher Steuerkampagne
079/428 15 91
steuerreferendum@attac.org
www.schweiz.attac.org